

Wilsdruffer Tageblatt

Das 'Wilsdruffer Tageblatt' erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis pro Exemplar bei der Druckerei 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 170 Pf., jährlich 320 Pf., einschließlich der Postgebühren. / Bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2 Pf., halbjährlich 4 Pf., jährlich 8 Pf. / Die Postämter sind verpflichtet, das 'Wilsdruffer Tageblatt' zu abonnieren. / Die Postämter sind verpflichtet, das 'Wilsdruffer Tageblatt' zu abonnieren. / Die Postämter sind verpflichtet, das 'Wilsdruffer Tageblatt' zu abonnieren.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 26614

Nr. 145

Freitag den 27. Juni 1919

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

An einem Jungirnd der Weidgenossenschaft **Birkenhain** ist die **Lungen- seuche** festgestellt worden. Die Benutzung der Fahr- und Fußwege über bzw. durch die Fluren des Weidegutes wird für jeglichen Verkehr **verboten**. Weissen, am 25. Juni 1919. 860 V. Die Amtshauptmannschaft.

Kleinanbau von Kartoffeln.

Alle Landbesitzer und Pächter in Wilsdruff, die von ihrem Land unter 200 qm Fläche mit Kartoffeln bestellt haben, wollen dies unter Angabe der bestellten Fläche binnen 24 Stunden schriftlich oder mündlich im städtischen Verwaltungsgebäude — Zimmer Nr. 2 — anzeigen. Wilsdruff, am 26. Juni 1919. 4305 Der Stadtrat.

Einquartierungsgelder betr.

Die Entschädigungen für die Einquartierung der während der Demobilisierung in hiesiger Stadt untergebrachten Truppen gelangen **Freitag den 27. Juni d. J. in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags in der Stadtkasse, Verwaltungsgebäude Zimmer Nr. 1** an die Quartiergeber zur Auszahlung. Die Zahlung erfolgt nur gegen Vorlegung des vom unterzeichneten Stadtrat ausgestellten und den Quartiergebern feinerzeit zugestellten grünen Quartierzettels und an den Quartiergeber persönlich. Wilsdruff, am 26. Juni 1919. 4303 Der Stadtrat.

Hausarbeitergesetz.

Nach dem Hausarbeitergesetz vom 20. Dezember 1911 (Reichsgesetzblatt Seite 976) sind von Gewerbetreibenden, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte gewerbliche Arbeit verrichten lassen, Verzeichnisse derjenigen Personen zu führen, denen sie Hausarbeiten übertragen oder durch die außerhalb der Arbeitsstätte des Gewerbetreibenden die Arbeitsübertragung erfolgt. Die Verpflichtung zur Führung dieser Verzeichnisse liegt auch den Personen ob, die, ohne daß sie eine Arbeitsstätte besitzen, für Gewerbetreibende außerhalb deren Arbeitsstätte Arbeit an Hausarbeiter ausgeben.

Wir fordern hierdurch alle in Frage kommenden Gewerbetreibenden und Zwischenmeister auf, der Anordnung, soweit dies bisher noch nicht geschehen sein sollte, unverzüglich nachzukommen.

Die Abschrift dieser Verzeichnisse ist alljährlich bis zum 15. Februar bei uns einzureichen. Die erste Einreichung hat sofort, spätestens am 15. Juli dieses Jahres zu erfolgen.

Mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft wird bestraft, wer die Führung oder die Einreichung des Verzeichnisses unterläßt.

Die Einhaltung der im Hausarbeitergesetz erlassenen besonderen Vorschriften wird in Erinnerung gebracht. Wilsdruff, am 24. Juni 1919. 4302 Der Stadtrat.

Abgabe der angemeldeten Marmelade am 27. und 28. Juni, je 1/2 Pfund für 66 Pfennige. Wilsdruff, am 26. Juni 1919. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsamt.

Hindenburg legt den Oberbefehl nieder.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichsregierung veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie die gesamte Bevölkerung bittet, durch Einigkeit und Arbeit für Erhaltung von Reich und Volk zu wirken.
- * Ein Erlass des Kriegsministers fordert die Offiziere und Seeresangehörigen zum Ausweichen auf ihren Posten aus und erleichtert ihnen andererseits den Ausritt aus dem Meer.
- * Der Friedensvertrag soll in Verfall am 28. d. Mitts., mittags 2 Uhr, unterzeichnet werden.
- * Die Entente fordert Entschädigung für unsere versenkte Flotte.
- * In der Welt ist eine neue Bewegung zur Loslösung vom Reich im Gange.
- * Nach einem preußischen Gesetzesentwurf soll die Renzierung der Provinzialparlamente bis zum 1. August erfolgen.
- * Nach einer Erklärung Clemenceaus wird Frankreich vorläufig nicht demobilisieren.

Rücktritt Hindenburgs.

Kolberg, 25. Juni. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgende Drahtung gerichtet:

Herr Reichspräsident!

Auf mein Schreiben vom 1. Mai haben Sie mir Zustimmung dazu erteilt, daß ich mich nach Unterzeichnung des Friedens in das Privatleben zurückziehe. Ich lege daher nunmehr den Oberbefehl nieder. Dem preußischen Herren Reichsminister habe ich eine Abschrift dieses Telegrammes zugehen lassen.

von Hindenburg.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hatte diesen Schritt bereits vor längerer Zeit in Aussicht gestellt für den Fall, daß der Fortriede zustande käme, und er muß umso mehr diesen Entschluß aufrechterhalten, als auch er es mit seiner Wehre nicht vereinbaren konnte, daß durch die Unterschrift der Kaiser preisgegeben, die Armee gefolgt und ihre Führer ausgeliefert würden. In einem Nachruf von Generalfeldmarschall von Hindenburg schreibt die Kreuzzeitung: Es ist das tragische Schicksal dieses großen Heerführers, daß es nicht der Feinde Uebermacht war, der er schließlich unterliegen mußte, sondern daß die Selbstvergiftung des Volkes das Heer, welches er zu einer Leistungsfähigkeit, wie sie die Geschichte noch niemals gesehen, heraufgearbeitet hatte, in seinen Händen zermürben und zerbrechen ließ. Wenn er heute die Bürde des schweren Amtes niederlegt, an Arbeit, Mühen und Ehren reich, so bedarf es keines Standbildes von Erz. Im Herzen jedes Deutschen wird neben Bismarck der Name Hindenburg unaussprechlich eingeschrieben stehen als Verkörperung der gewaltigsten Zeitperiode des Deutschen Reiches, der Kraftentfaltung eines Volkes, wie sie die Welt vorher nicht erlebt hat und nicht wieder erleben wird.

Rundgebung an die Truppen

Generalfeldmarschall von Hindenburg richtet folgende Abschiedsrundgebung an seine Truppen: Soldaten! Ich habe mich feinerzeit der Regierung gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmachlichen

Frieden vorziehen muß. Diese Erklärung bin auch schuldig. Nachdem ich schon früher meine Absicht kundgetan hatte, nach erfolgter Friedensentscheidung wieder in den Ruhestand zurückzutreten, lege ich nunmehr den Oberbefehl nieder. Ich gedenke bei meinem Scheiden vor allem bewegten Herzens der langen Jahre, in denen ich drei königlichen und kaiserlichen Kriegsherrn dienen durfte. Zeiten stiller und unermüdlicher Friedensarbeit, stolzen Auszuges, großer Siege und zähen Ausdauerens stehen mir dabei vor Augen. Ich gedenke dann aber auch mit tiefem Schmerz der Trauertage des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes. Die hingebende Treue und das Vertrauen, mit denen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neben mir standen, waren mir ein Lichtblick in dieser namenlos schweren Zeit. Dafür gebühre euch allen, darunter nicht zuletzt den Freiwilligenverbänden, die unentwegt die Wacht an der Diktatur hielten, mein unaussprechlicher Dank. Mit diesem Danke verbinde ich aber noch eine Bitte für die Zukunft. Wie der einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben, das Wohl des Vaterlandes. Noch steht unser Volkstum in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die innere Ruhe zu wahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen, hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Diese Festigkeit zu erhalten, ist daher unsere erste Pflicht. Die persönlichen Anschauungen, so schwer es auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch solche Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes deutsches Vaterland aus tiefer Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen. Lebt wohl, ich werde euch nie vergessen.

gez. v. Hindenburg.

Auch General Groener tritt zurück.

Auch Generalquartiermeister Groener hat von Kolberg aus an den Reichspräsidenten geschrieben, daß er um seine Verabschiedung eruche, nachdem Hindenburg den Oberbefehl niedergelegt habe und der Schmachtfriede angenommen worden sei. Schon in Weimar habe er darauf hingewiesen, daß für den Fall der Annahme der Schmachtparagrafen er sowie viele Offiziere und Mannschaften der Regierung nicht mehr dienen würden. Er sei aber bereit, bis zur Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten auf seinen Posten zu bleiben.

Differenzen in der Reichswehr.

Die Lage ist ernst!

Berlin, 25. Juni.

Gegenüber der Meldung, daß die Konferenz der höheren Truppenführer mit dem Reichswehrminister ein voller Erfolg für diesen gewesen und die Gefahr einer Zerfallung nicht bestehe, wird von unrichtiger Seite mitgeteilt, daß diese Darstellung den Tatsachen nicht entspricht. Die Besprechung hat eine Klärung der Lage nicht herbeigeführt. Wie weiter mitgeteilt wird, haben Teile der Truppen dem Wunsch Ausdruck gegeben, Berlin verlassen zu dürfen. Es besteht die Gefahr, daß diese Truppenteile sich auflösen, wenn ihnen ihr Wunsch nicht erfüllt wird. Die Lage ist jedenfalls sehr ernst.

Ebert an die Truppen.

An die Landesläger des Generals Maerker, die zurzeit in Weimar stehen, hielt Reichspräsident Ebert eine Ansprache, in der er auf die Notwendigkeit der Unterzeichnung des Friedensvertrages hinwies und weiter sagte:

Dienstbereitschaft und Mornesucht unter Ihrem bewährten Führer hat bisher dafür gesorgt, daß Deutschland nicht in den Abgrund der Anarchie gestürzt ist. Ich danke hierfür Führern und Mannschaften. Nun müssen Sie das Vaterland auch weiter vor dem Abgrund bewahren. Jetzt in der schlimmsten Not dürfen wir nicht abdriften. Jetzt im größten Unheil unseres Vaterlandes gilt es, das Schicksal zu lenken. Nur wenn wir uns selbst aufgeben, sind wir verloren, deshalb heißt es, die Hände zusammen zu legen und noch einmal alles und das Letzte einzusetzen für die Zukunft Deutschlands. Es ist uns nichts erspart geblieben. Dennoch müssen wir auch durch dieses Elend, durch diesen Jammer hindurch, und wir kommen durch, wenn wir nicht kleinmütig werden, wenn wir das Vertrauen zu uns selbst nicht verlieren. So wollen wir uns gegenseitig geloben, ich für die Regierung und Sie für Sie und Ihre Kameraden, unseren Platz nicht zu verlassen, sondern auszuhalten. Je größer die Not, desto größer die Pflicht. Aus Not und Elend müssen wir unser Vaterland retten und zum Besonderen besten, daß wir anhalten und nicht veragen, wollen wir gemeinsam ausruhen: Unser geliebtes deutsches Vaterland lebe hoch!

Das Hoch fand begeisterte Aufnahme und alle Anwesenden stimmten das Lied an: „Deutschland, Deutschland über alles!“

Die Entschlossenheit des Generals Hoffmann.

Berlin, 26. Juni. (tu.) General Hoffmann, der bekannte Heerführer und Unterhändler von Groß Litomsk autorisiert die Berliner Neuesten Nachrichten zu der Mitteilung, daß er in dem ihm unterstellten Abschnitt der polnischen Front auch gegen den Befehl der Regierung keinen Fuß breit Boden preisgibt, sondern die Grenze mit bewaffneter Hand verteidigen wird. Er weigert sich, einen Friedensvertrag anzuerkennen, der rein deutsches Land preisgibt, der alle Schuld des deutschen Volkes in wahrheitswidriger Weise anerkennt und unter Veruch der deutschen Verfassung, die jedem Deutschen die Aburteilung durch ordentliche Gerichte garantiert, Deutsche zu Aburteilung an ausländische Gerichte liefert.

Wirkungen des schamlosen Friedensvertrages.

Haag, 26. Juni. (tu.) Aus Paris wird gemeldet: Nach Straßburger Meldungen hat eine Anzahl Deutsche Selbstmord verübt beim Bekanntwerden des Gerüchtes, daß der Friedensvertrag unterzeichnet wird. Von allen Seiten laufen Telegramme ein, die Mitteilungen von Selbstmorden bringen.

Deutsche Offensive gegen Polen?

Basel. Aus Warschau wird gemeldet: Alles deutet darauf hin, daß die Deutschen eine Offensive auf Polen in Oberschlesien eröffnen wollen, die den Charakter einer Volkserhebung tragen soll.

Ein Mitglied der Regierung für Verfalltes.

Berlin. Die Mitglieder der Reichsregierung werden hier erwartet. Unmittelbar nach ihrer Ankunft soll eine Kabinettsitzung stattfinden, in der die Frage beraten wird, wer in Verfalltes für Deutschland unterzeichnen soll.